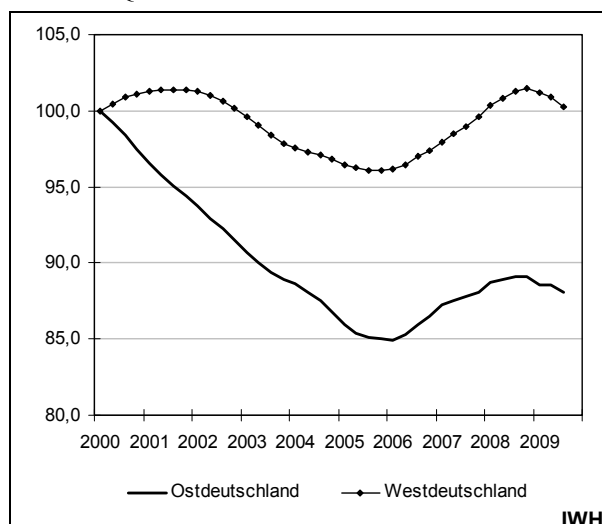


## Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Deutlicher Beschäftigungsrückgang auch in den Neuen Bundesländern

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich trotz der leichten Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im zweiten Quartal saisonbereinigt um 15 000 Personen bzw. 0,3% gegenüber dem Vorquartal (Westdeutschland: –56 000 Personen bzw. –0,2%) ab. Die bis zuletzt anhaltende Abnahme der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten spricht dafür, dass sich diese Entwicklung fortgesetzt hat (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:  
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland<sup>a, b</sup>  
– Index 1. Quartal 2000 = 100 –



<sup>a</sup> Saisonbereinigt. – <sup>b</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

So lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im dritten Quartal um 24 000 Personen bzw. 0,6% unter dem Vorjahresstand (Westdeutschland: –156 000 Personen bzw. –0,7%). Dabei betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal im Bereich der Arbeitnehmerentlassung ca. 24 000 Arbeitnehmer, was einer Abnahme um etwa ein Fünftel entspricht. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm kräftig ab, während die Zahl der flexibler einsetzbaren Teilzeitbeschäftigten expandierte. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten blieb im Wesentlichen stabil (vgl. Tabelle 1). Aufgrund des anhaltend kräftigen Rück-

Tabelle 1:  
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland<sup>a</sup> 2008 und 2009

	in 1 000 Personen		
	2008	2009	Veränderung
<b>Arbeitnehmer</b>	5 151	5 087	–64
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	4 131	4 080	–51
Geförderte <sup>b</sup>	95	103	8
Nicht geförderte	4 036	3 977	–59
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	530	530	0
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	105	100	–5
Sonstige	385	377	–8
<b>Selbstständige einschließlich mithelfende Familienangehörige</b>	627	628	1
Geförderte Selbstständigkeit	44	31	–13
Ich-AG	15	3	–12
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	5	4	–1
Gründungszuschuss	24	24	0
Nicht geförderte Selbstständigkeit	583	597	14
<b>Erwerbstätige (Inland)</b>	5 778	5 715	–63
darunter:			
Geförderte Erwerbstätige <sup>c</sup>	244	234	–10
<b>Nachrichtlich:</b>	in Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	8 602	8 458	–144

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – <sup>c</sup> Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Ein-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

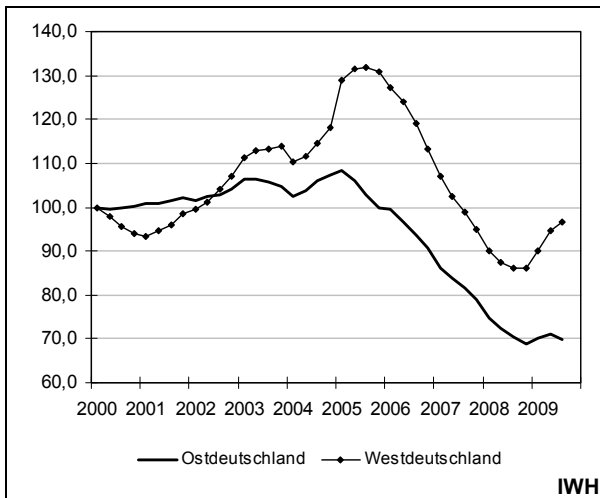
Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand Oktober 2009); Berechnungen des IWH.

gangs des Arbeitsangebots nahm die registrierte Arbeitslosigkeit im dritten Quartal trotz der Abnahme der Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 15 000 Personen ab. In Westdeutschland hingegen stieg sie um knapp 50 000 Personen (vgl. Abbildung 2).

Im Wesentlichen ist es auf drei Ursachenkomplexe zurückzuführen, dass sich die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt – gemessen an der Schwere des konjunkturellen Einbruchs – bislang nicht ungünstiger entwickelt hat:

Abbildung 2:  
Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ost- und Westdeutschland<sup>a, b</sup>

- Index 1. Quartal 2000 = 100 -



<sup>a</sup> Saisonbereinigt. – <sup>b</sup> Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

- Der wichtigste Grund liegt darin, dass die Unternehmen dem abrupten Nachfrageausfall durch Arbeitszeitverkürzungen begegnet sind. So wurden Überstunden abgebaut, aufgelaufene Guthaben auf Arbeitszeitkonten geräumt und Betriebsferien vorgezogen oder verlängert. Entscheidend war jedoch die Inanspruchnahme der vom Gesetzgeber erweiterten Kurzarbeiterregelungen. Die Zahl der Kurzarbeiter betrug zur Jahresmitte 2009 in Ostdeutschland etwa 150 000 Personen. Damit waren zuletzt etwa 3,7% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit. Bei einem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von etwa einem Drittel bewahrt das Kurzarbeitergeld etwa 50 000 Arbeitnehmer vor der Arbeitslosigkeit. Besonders in den Exportbranchen ist der Anteil der Kurzarbeit hoch. Mit dem Ziel, den Bestand an Fachkräften über die Krise „hinwegzuretten“, haben die Unternehmen damit einen kräftigen Rückgang der Arbeitsproduktivität in Kauf genommen.
- Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Wirkung zum 1. Januar 2009 hat den statistischen Ausweis der registrierten Arbeitslosigkeit beeinflusst. Personen, für deren Vermittlung Dritte beauftragt worden waren, wurden bisher während der Beauftragung weiter als arbeitslos registriert. Diese Regelung ist

entfallen, sodass diese Personen nicht mehr im Bestand der registrierten Arbeitslosen erfasst sind.<sup>9</sup>

- Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsangebot nimmt in Ostdeutschland – wie in den Jahren zuvor – aufgrund der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste weiter ab. So wird die Zahl der Erwerbsfähigen im Jahr 2009 um 158 000 Personen niedriger sein als im Jahr zuvor.<sup>10</sup> Das Erwerbspersonenpotenzial<sup>11</sup> sinkt um 92 000 Personen.<sup>12</sup>

Im weiteren Verlauf dieses und des kommenden Jahres werden die entlastenden Effekte, die vom Rückgang des Arbeitsangebots sowie von der „Statistikbereinigung“ der Arbeitslosenzahl ausgehen, weiterhin wirken. So wird die Zahl der Erwerbsfähigen im kommenden Jahr in Ostdeutschland um 124 000 Personen zurückgehen; das Erwerbspersonenpotenzial in der Abgrenzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit Nürnberg (IAB) wird um 95 000 Personen sinken<sup>13</sup> (vgl. Tabelle 3). Hingegen

<sup>9</sup> Vgl. in diesem Zusammenhang den ausführlichen Methodenbericht: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

<sup>10</sup> Zu den Erwerbsfähigen zählen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

<sup>11</sup> Das Erwerbspersonenpotenzial ist die Summe aus Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Stiller Reserve. Zur Stillen Reserve gehören Personen in kurzfristigen „Warteschleifen“ des Bildungs- und Ausbildungssystems oder in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung sowie die so genannte „Stille Reserve im engeren Sinne“. Zur Stillen Reserve im engeren Sinne gehören Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert zu sein, sowie Personen, die bei ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, bei guter Arbeitsmarktsituation jedoch Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. FUCHS, J.: Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAb 250). Nürnberg 2002, S. 227 ff.

<sup>12</sup> Vgl. BACH, H.-U.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; ZIKA, G.: Die Krise wird deutliche Spuren hinterlassen. IAB-Kurzbericht 20/2009.

<sup>13</sup> Während in Ostdeutschland die Wirkung der schweren Krise durch den Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots in erheblichem Maß abgemildert wird, fällt der entlastende Effekt in Westdeutschland eher gering aus: In diesem und im kommenden Jahr wird dort das Erwerbspersonenpotenzial nur um 43 000 Personen zurückgehen. Vgl. BACH, H.-U. et al.

Tabelle 2:  
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (ohne Berlin)

		2006	2007	2008	2009
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige <sup>a</sup>	9 063	8 886	8 722	8 564
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 641	5 732	5 778	5 715
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2) – (15) – (16)]	5 482	5 592	5 639	5 586
4	Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt <sup>b</sup>	134	125	111	106
5	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3) – (4)]	5 348	5 468	5 528	5 480
6	Pendlersaldo	–406	–426	–402	–355
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2) – (6)]	6 047	6 158	6 180	6 070
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7) – (15) – (16)]	5 888	6 018	6 041	5 941
9	darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8) – (4)]	5 754	5 894	5 930	5 835
10	Unterbeschäftigung [(11) + (12)]	1 495	1 304	1 153	1 161
11	Arbeitslose	1 187	1 030	890	910
12	Sonstige Unterbeschäftigte [(13) + (14) + (15) + (16) + (17) + (18) + (19) + (20) + (21)]	308	275	263	251
13	Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III	10	9	10	10
14	Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	6	7	14	40
15	Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen <sup>c</sup>	35	26	24	12
16	Ein-Euro-Jobs	124	114	114	117
17	Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)	31	32	37	43
18	Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen	19	19	21	11
19	Vorruheständler <sup>d</sup>	69	56	32	8
20	Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten	9	9	8	8
21	Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen <sup>e</sup>	5	3	3	2
22	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve i. e. S. <sup>f</sup> [(8) + (10) – (14) – (20)]	7 369	7 307	7 172	7 054
		in % (Inländerkonzept)			
23	Erwerbsbeteiligungsquote [(22)/(1)*100]	81,3	82,2	82,2	82,4
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	65,0	67,7	69,3	69,4
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	63,5	66,3	68,0	68,1
26	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	66,7	69,3	70,9	70,9
27	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(22)*100]	20,3	17,9	16,1	16,5
28	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11) + (13)]/(10)*100}	80,1	79,6	78,1	79,2
29	Arbeitslosenquote {[(11) + (13)]/[(7) + (11) + (13)]*100}	16,5	14,4	12,7	13,2
30	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4) + (12)]/(22)*100}	6,0	5,5	5,2	5,1
		in Mio. Stunden			
31	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(32)*(2)/1 000]	8 455	8 561	8 602	8 458
		in Stunden			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 498,9	1 502,0	1 504,0	1 480,0
		in 1 000 Personen			
33	Gemeldete Stellen	144	116	107	
34	Offene Stellen insgesamt <sup>g</sup>	291	227	186	
		in Personen			
35	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(33)*100]	10,4	11,2	10,8	
36	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(34)*100]	5,1	5,7	6,2	

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. – <sup>b</sup> Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); durch Personal-Service-Agenturen (PSA) betreute Personen, Einstiegsgeld (Variante: Beschäftigung); Entgeltsicherung für Ältere; geförderte Selbstständige (Überbrückungsgeld, Ich-AGs, Einstiegsgeld – Variante Selbstständigkeit, Gründungszuschuss). – <sup>c</sup> Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen. – <sup>d</sup> § 428 SGB III. – <sup>e</sup> Die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – <sup>f</sup> Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – <sup>g</sup> Zu den offenen Stellen insgesamt zählen die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen sowie die dem Arbeitsamt nicht gemeldeten offenen Stellen, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden. Bei den offenen Stellen insgesamt wird Berlin-Ost zu Ostdeutschland und Berlin-West zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand Oktober 2009); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2009: Prognose des IWH.

können die Maßnahmen, die über eine Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung beigetragen haben, nicht auf Dauer aufrechterhalten werden. Dies ist zum einen dadurch bedingt, dass ein Teil davon – auf in der Vergangenheit aufgelaufenen – Arbeitszeitguthaben beruht, die mittlerweile weitgehend aufgebraucht sind. Vermutlich hat ein Teil der Arbeitnehmer bereits einen Bestand an „Minusstunden“, der in konjunkturell besseren Zeiten ausgeglichen werden muss. Zum anderen – und dies ist der entscheidende Grund – wird für die Unternehmen Arbeitszeitverkürzung durch Kurzarbeit früher oder später zu teuer werden. Zwar wird der überwiegende Teil der Lohnkosten für die Kurzarbeiter durch den Staat kompensiert, doch die fixen Kosten verbleiben bei den Unternehmen. Der damit einhergegangene Anstieg der Kostenbelastung der Produktion hat die preisliche Wettbewerbsposition der Unternehmen verschlechtert. Der enorme Anstieg der Stückkosten seit Ausbruch der Krise hat die Gewinne der Unternehmen in beträchtlichem Maß geschmälert. Dies konnte deshalb verkraftet werden, weil in den vergangenen Jahren vor allem die ostdeutschen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes gegenüber ihren westdeutschen Wettbewerbern in der Lage waren, erhebliche Kostenvorteile zu erringen. Nunmehr werden viele Unternehmen gezwungen sein, trotz der allmählich wieder an Fahrt gewinnenden Produktion – über kurz oder lang – ihren

Personalbestand zu verringern, um Kosten zu senken.

Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2009 nur noch etwa 5,7 Millionen Personen betragen; im kommenden Jahr werden es etwa 70 000 Personen weniger sein. Infolge des kräftigen Rückgangs des Arbeitsangebots wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen allerdings nicht zunehmen.

Tabelle 3:  
Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes in den Jahren 2009 und 2010<sup>a</sup>

	2009	2010	Veränderung
	in 1 000 Personen		
Erwerbsfähige	8 564	8 440	–124
Erwerbspersonenpotenzial <sup>b</sup>	6 850	6 755	–95
Erwerbspersonen (Inland) <sup>c</sup>	6 625	6 555	–70
Erwerbstätige (Inland)	5 715	5 645	–70
Arbeitslose	910	910	0
	in %		in Prozentpunkten
Nachrichtlich: Arbeitslosenquote <sup>d, c</sup>	13,7	13,9	0,2

<sup>a</sup> Ostdeutschland ohne Berlin. – <sup>b</sup> Erwerbspersonenpotenzial in der Abgrenzung des IAB. – <sup>c</sup> Erwerbstätige (Inland) zuzüglich Arbeitslose. – <sup>d</sup> Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bach, H.-U.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Zika, G.: Die Krise wird deutliche Spuren hinterlassen. IAB-Kurzbericht 20/2009; Prognose des IWH.

Hans-Ulrich Brautzsch  
(Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

## Kinder, Karriere, Kompromisse: Wie der Nachwuchs die Arbeitsmarktpartizipation und Karrierechancen von Müttern beeinflusst

Während in den vergangenen Jahrzehnten die Geburtenraten in den meisten Industrienationen unterhalb des zum Erhalt des Bevölkerungsstandes erforderlichen Niveaus (ohne Zuwanderung) gesunken sind, hat die *Erwerbsbeteiligung* von Frauen in den einzelnen Ländern mehr oder weniger stark zugelegt, wobei tendenziell auch Mütter junger Kinder zunehmend erwerbstätig sind. Aus ökonomischer Sicht kommt dabei dem Humankapital eine wichtige Rolle zu. Im Vergleich zu Männern ist die Bildungsbeteiligung von Frauen deutlich angestiegen. So erlangt in Deutschland mittlerweile ein höherer

Anteil junger Frauen als junger Männer innerhalb eines Geburtsjahrgangs die allgemeine Hochschulreife, wohingegen junge Männer die Mehrheit unter den Schulabbrechern stellen. Mit einem höheren Bildungsstand gehen i. d. R. höhere potenzielle *Erwerbseinkommen* einher. Der vorliegende Beitrag untersucht Unterschiede in der beruflichen Karriere von Müttern gegenüber Frauen ohne Kinder. Hierzu werden die Erwerbsbeteiligung und der realisierte Lohn bzw. das berufliche Prestige der ausgeübten Tätigkeit analysiert, wobei zwischen Ost- und Westdeutschland unterschieden wird.